

Erziehung

Sechs Lektionen Schuldgefühle

Ein neues Gesichtsbild für die Jungen.

Zürichs Bildungsdirektorin liess, sorgsam abgeschottet, ein neues Gesichtsbild zeichnen. Umschulungsziel: Die Jungen «müssen ein anderes Bezugssystem erlernen».

Auch der Preis des Buches ist politisch. Am gleichen Tag, an dem Robert Fuchs, beim Lehrmittelverlag des Kantons Zürich verantwortlich für das neue Geschichtslehrmittel «Hinschauen und Nachfragen», Fragen nach Kosten und Verkaufspreis des Werks als «verfrüht» nicht beantworten kann («Wir haben noch nicht alle Kalkulationsgrundlagen beisammen»), steht der genaue Betrag in einer (fixfertigen, aber noch nicht publizierten) Medienmitteilung der Zürcher Erziehungsdirektion: «Schulpreis Fr. 24.-, Ladenpreis Fr. 37.-». Fachleute vermuten, dass der staatliche Verlag, der dem Kanton jährlich rund eine Million Franken abzuliefern hat, mit der 152 Seiten dicken Lehrbuch einen seiner teureren finanziellen Flops produziert. Nicht ganz freiwillig indes; das umstrittene Projekt wurde dem Verlag von oben aufgezwungen, politisch.

Schon bevor die Bergier-Kommission im März 2002 ihre Sicht auf das Verhalten der Schweizer Behörden und Wirtschaftsführer während des 2. Weltkriegs publizierte, hatte die Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi in einer Interpellation vom Bundesrat gefordert, die Geschichtsbücher rasch und landesweit im Sinn der 25 Rapporte der Kommission umschreiben zu lassen: Insbesondere in den Lehrmitteln seien «Korrekturen betreffend die jüngere schweizerische Vergangenheit» anzubringen. Gegen eine solche Indoktrination wehrte die Landesregierung sich allerdings entschieden und mit überzeugenden Argumenten: «Entgegen der Annahme der Interpellation ist es nicht Aufgabe des Bundes, sicherzustellen, dass Forschungserkenntnisse in die Geschichtsschreibung und Geschichtsvermittlung einfließen. Einerseits muss der Bundesrat prinzipiell jede eindimensionale oder gar staatlich vermittelte Geschichtsschreibung ablehnen, andererseits sind für die Lehrplangestaltung der Schulen die Kantone zuständig.»

Fakten sind zweitrangig

Erste Mitunterzeichnerin des Vorstosses war die damalige Zürcher SP-Nationalrätin Regine Aeppli Wartmann. Im Frühling 2003 wurde Aeppli in den Zürcher Regierungsrat gewählt und übernahm die Bildungsdirektion. Das linke Politanliegen «Bergier für die Schule» konnte so, wenigstens an der Limmat, anlaufen - als «ganz persönliche Chefsache von Frau Aeppli», raunt ein hoher Bildungsbeamter.

Im Juli 2003 präsentierten Barbara Bonhage, vormals Mitarbeiterin der Bergier-Kommission, und der Zofinger Geschichtslehrer Peter Gautschi ihr Lehrbuch-Projekt «Bekennen, Verdrängen, Nachfragen». Die Intention, steht im Konzept, sei, auf der Bergier-Basis eine «zukunftsbezogene Auseinandersetzung mit der Schweiz möglich» zu machen. Dabei geht es den Autoren, wie sie selbst schreiben, ausdrücklich «nicht nur um das Auffinden und Interpretieren historischer Fakten» und auch nicht etwa darum, dass sich «Schüler Wissen über einen für das 20. Jahrhundert entscheidenden historischen Zeitraum aneignen». Zentrale Absicht ist es, aktuelle und kritische «Fragen zur schweizerischen Neutralität, ihrer politischen Stabilität, ihres Wohlstandes, aber auch Themen wie ihr Umgang mit Flüchtlingen oder die Schweiz als Drehscheibe für Vermögenswerte, wie z. B. geraubte Kunstgegenstände aus dem Ausland», aufzuwerfen. Die tradierten Interpretationsmuster seien mit diesem Schulbuch «radikal in Frage» zu stellen; die Jugendlichen, heisst es wörtlich, «müssen ein anderes Bezugssystem erlernen».

Vom 2. Weltkrieg und von den ausserordentlich schwierigen Bedingungen, die richtige Entscheidung zu treffen, ist kaum die Rede, dafür viel von aktueller Schuld, etwa vom

schädlichen Isolationismus der Schweiz, im «Kontext der Terrorfinanzierung» weiter auch vom problematischen Schweizer Finanzplatz («Dienstleister für die Devisenbeschaffung oder gar für die Geldwäscherei») sowie vom überholten «Sonderfall Schweiz». Oder wie die von der ETH entlohnte Bankenkritikerin Bonhage, bekannt auch als Erstunterzeichnerin vieler EU-Beitritts-Manifeste, eine ihrer anklagenden Publikationen betitelt: «Holocaustgelder als Testfall der Bankenethik in der Schweiz».

Taktisch folgt die Zürcher Fibel exakt dem Plan, den Georg Kreis, Basler Europaprofessor und Chefideologe der Bergier-Kommission, für deren Arbeit vorgegeben hatte: Das Historikerheer habe nicht umfassend die Geschichte des 2. Weltkriegs aufzuarbeiten und «die historische Realität der Kriegs- und Nachkriegszeit» einzufangen, sondern gezielt nach «dunklen Punkten» zu suchen und «aus fragmentarischen Fakten ein Bild des Landes zu konstruieren, das allerdings vom schweizerischen Selbstbild abweichen musste». Das pädagogische Leitmotiv der Schulversion Bonhages ist darum nicht Vermittlung von Wissen; sie will über die sechs verschiedenen Lehreinheiten permanente Schuldgefühle erzeugen: «Bekennen!».

Gemäss Zürcher Kompetenzordnung musste der Erziehungsrat die Produktion des neuen Schulbuchs genehmigen. Ein SVP-Antrag, die teure Bergier-Übung nicht auch noch auf kantonaler Bühne nachzuspielen, wurde abgelehnt. Immerhin stimmte das Gremium, das von Aeppli gleich selbst präsidiert wird, der Idee zu, das hochpolitische Vorhaben von einer Gruppe «ausgewiesener Expertinnen und Experten» begleiten und begutachten zu lassen. Einer dieser kritischen Lektoren der Schulbücher war alt CVP-Ständerat Franz Muheim, Jurist, kenntnisreicher Autor vieler zeitgeschichtlicher Schriften, einer der grossen alten Männer der Schweizer Politik und als 82-Jähriger Angehöriger der Aktivdienstgeneration. Der Zeitzeuge hat mehrfach akribisch abgefasste und begründete Eingaben über mehrere Seiten ausgearbeitet und vorgelegt, die er - der Schweigepflicht unterstehend - nicht selbst kommentieren darf.

Heute ist Muheim einigermaßen perplex. Er hat, wie andere Begleiter, die definitive Fassung des Buchs gar nie zu Gesicht bekommen. Ja er weiss Ende Februar nicht einmal, dass das Oeuvre, das er als «Experte» indirekt mitverantwortet, längst fertiggestellt ist - und er staunt weiter, dass es am Freitag, 3. März, von der Initiantin Aeppli und den Autoren feierlich präsentiert wird.

Überrumpelt wurde auch der Zürcher Bildungsrat, der, ohne den Text gelesen zu haben, das «Gut zum Druck» erteilt hatte, genauer: hatte erteilen müssen. Zwar hatte Aeppli noch im Januar 2005 versprochen, den neun Mitgliedern des Rats vorgängig alle Fahnenabzüge zugänglich zu machen. Im Oktober, als der definitive Entscheid getroffen werden musste, lag indes gerade ein einziges Exemplar von «Hinschauen und Nachfragen» auf dem Sitzungstisch. Der Abzug durfte nur angeschaut, flüchtig durchgeblättert und - strikte Weisung der Frau Regierungsrätin! - keinesfalls zur Lektüre nach Hause getragen werden. Auch allen andern involvierten Instanzen bis zum Personal des Lehrmittelverlags wurde untersagt, Dritten Einblicke zu gewähren. Es regierte die Angst vor der offenen Debatte.

Als eigentliches Geheimprojekt, sorgsam abgeschottet zumindest von allen möglichen Kritikern, ist die neue geschichtliche Wahrheit herbeigeschrieben worden, zu der Zürichs Schüler und Lehrer umerzogen werden sollen. Nun, Geschichte und Geschichtsunterricht hatten immer eine ausgeprägte politische Dimension, waren entsprechend umstritten. Neu ist, mit welcher Verbissenheit, Systematik und mit welcher harter Autorität die neuen Bergier-Standpunkte implantiert werden.

Der Bruch geht sehr tief, die konsensuale Diskussion unterschiedlicher Ansichten über die Vergangenheit des Landes ist definitiv zerstört. «Es ist schwierig, weiterhin von 'Schweizer Geschichte' zu sprechen», analysiert der renommierte Aargauer Historiker Jürg Stüssi-Lauterburg: «Man kann sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, dass heute im Vordergrund der Wettbewerb verschiedener, unvereinbarer, stark politisch gefärbter Versionen steht.» Die Schulzimmer sind die neuen Kampfzonen.